

3547/J XX.GP

der Abgeordneten Dr. Ewald Nowotny, Doris Bures  
und Genossen

an den Bundesminister für Finanzen

betreffend Umsatzbesteuerung von Mieten

Nach EU-Recht ist für die Vermietung von Wohnungen eine unechte Umsatzbefreiung vorgesehen, was den Verlust des Vorsteuerabzugs bedeutet. Österreich kann entsprechend dem Beitrittsvertrag zur EU seinen ermäßigten Umsatzsteuersatz für Mieten bis 31.12. 1998 weiterhin anwenden. Von Seiten der Mietervereinigungen und der Wohnungswirtschaft besteht erhebliches Interesse daran, ob diese Sonderbestimmung auch über den 31.12.1998 hinaus weitergeführt werden kann.

Die unterzeichneten Abgeordneten richten daher an den Bundesminister für Finanzen nachstehende

Anfrage:

1. Wird es in Österreich möglich sein, den ermäßigten Steuersatz für Vermietung von Wohnungen auch nach dem 31.12.1998 anzuwenden?
2. Sind in diesem Zusammenhang Konsultationen mit EU-Stellen nötig, wenn ja, sind solche Konsultationen bereits erfolgt?